

sich, wie sich behördliche Reglementierungen wie Mehltau über das Wirtschaftsgefüge legen. Ein offensives Programm der ordnungspolitischen Bereinigung ist also fällig. Wenn man über wirtschaftspolitische Versäumnisse bei der Wiedervereinigung spricht und sich dabei die Versuche vor Augen hält, die behördlichen Genehmigungsverfahren bei Investitionen in Ostdeutschland zu verkürzen und zu vereinfachen, so kann man nur fragen: Warum hat man das nicht zugleich für Westdeutschland in Gang gebracht? Die Deregulierung ist in der Tat eine gesamtdeutsche Aufgabe. Im übrigen stimme ich Hartmut Fest zu, wenn er von „einer politisch recht kraftlos gewordenen Deregulierungsdebatte“ spricht. Ich setze allerdings mehr darauf, daß die Rezession das Deregulierungsbeußsein schärft.

Wenn man sich die zahlreichen Subventionen für die verschiedenen Wirtschaftszweige ansieht – die auch gemäß dem Standortbericht „weiterhin konsequent abzubauen“ sind –, so kann man nur erstaunt feststellen: Wie ungeheuer stark muß die marktwirtschaftliche Kraft der nicht-subventionierten Teile der Gesamtwirtschaft sein, daß sie dies alles aufbrachten und möglich machten! Dies sollte uns Hoffnung geben für eine

ordnungspolitische Besinnung und Anstrengung, die sich über einen sehr langen Zeitraum erstrecken kann. Aber dies alles ist schon allzuhäufig gesagt worden.

Wir stehen vor sehr großen häuslichen Herausforderungen: Sanierung der öffentlichen Haushalte, Wiederbelebung der produktiven Kräfte, Zurückdrängung der sozialen Verteilungskämpfe. Sind das nicht alles Aufgaben ernüchterten nationalen Haushalts? Ja, wir brauchen eine tatsächliche Politik der volkswirtschaftlichen Strenge.

Ihre Priorität ist das ökonomische Wachstum, ihm nachgeordnet ist die Distribution. Jetzt geht es um die Stimulierung der Unternehmen, danach und später kann man an weitere Wohltaten des Wohlfahrtsstaates denken. Wenn gewisse Auswüchse oder Fehlentwicklungen der Sozialpolitik sehr behutsam beschnitten werden, so ist es völlig verfehlt, über „Kahlschlag“ oder „Abbau“ des Sozialstaates zu klagen.

Wer jetzt das Ziel verkündet, es müßte das System der Sozialleistungen gänzlich ungeschmälert durch Rezession und Strukturumbrüche gebracht werden, der sorgt dafür, daß Deutschland im harten internationalen Wettbewerb weiter zu-

„Es geht an die Substanz“

Karl Schiller über die europäische Währungsunion

Kein anderes Land war so auf Europa und die westliche Verteidigungsgemeinschaft (EG und Nato) angewiesen wie die Bundesrepublik. Das soll und wird so bleiben. Die Ausgliederung bestimmter Teilbereiche aus der einzelstaatlichen Kompetenz in eine supranationale Behörde (EG-Kommission) fand unsere Unterstützung.

Zugleich aber kämpfen wir weiter für ein freihändlerisches Europa. Mit dem Vertrag von Maastricht und dem Plan einer (klein-)europäischen Währungsunion geht es aber an die Substanz. Das Grundgesetz und die D-Mark sind die Kernstücke unseres Verfassungspatriotismus, und sei er auch ein wenig mager. An diesen Elementen fanden wir Halt, auch in gefährlichen Zeiten der Denationalisierung. Diese Erfahrung sollte nicht vergessen werden.

Eine europäische Währung aber ist nicht nur einfach ein europäisches Zahlungsmittel, das technisch die Transaktionskosten vermindert, sondern mit der zentralbestimmten europäischen Geldmenge werden das Preisniveau und die Wirtschaftsaktivität in jedem Mitgliedsland bestimmt. Ihre Stabilitätsbindung liegt bei einem kollektiven Gremium. Niemand weiß, ob diese Institution so stark auf Preisstabilität eingestellt sein wird, wie wir das von der Bundesbank bisher gewohnt waren.



„Eine neue Ära innereuropäischer Verteilungskämpfe“

Aber wir wissen um die großen Unterschiede in der Wirtschaftsaktivität und im Wirtschaftsniveau der einzelnen Mitgliedsstaaten. Bei gleicher Währung wird die „Wechselkursillusion“ zwischen ihnen entfallen. Löhne und Sozialleistungen der ärmeren Länder werden zur Aufholjagd ansetzen, große Transferzahlungen (jetzt schon beschlossener Kohäsionsfonds) zwischen reichen und armen Ländern werden sofort fällig.

Damit würde eine neue Ära innereuropäischer Verteilungskämpfe einsetzen. Außerdem bildet jede

(west-)europäische Währungsunion einen tiefen Graben gegenüber den beitragswilligen mittel- und osteuropäischen Reformstaaten.

Dazu kommen noch staatsrechtlich-politische Bedenken: Wollen wir wirklich einen Superstaat (Bundesstaat) mit einer multinationalen und multilingualen Überregierung ohne parlamentarische Kontrollen, einen Überstaat, dessen Normen die unserer nationalen Verfassung brechen?

Man sollte uns Deutschen die Möglichkeit geben, erst einmal unser eigenes Haus in Ordnung zu bringen. Auch im Interesse des ganzen Europa sollten wir also den Plan der Währungsunion um eine Reihe von Jahren aufschieben.

Der Standort Frankfurt für das Europäische Währungsinstitut ist ein verdienten Kompliment für die Bundesbank, die Stadt und unser Land. Aber es darf kein „Linsengericht“ für eine Teilnahme an einer überhasteten europäischen Währungspolitik werden. Die Märkte würden dies auf keinen Fall honorieren. In der Zwischenzeit sollten wir die Erweiterung der EU vorantreiben und die mit Maastricht nur kümmerlich verhüllten Defizite in der gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik und (Frei-)Handelspolitik aufzuarbeiten versuchen.